



Regierungsratsbeschluss vom 02. Juli 2019

Bericht und Ratschlag betreffend Kantonale Gesetzesinitiative „Stadtbeleb-
ung durch vernünftige Parkgebühren“

P190883

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Ratschlagsentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Die Initiative „Stadtbelebung durch vernünftige Parkgebühren“ verlangt, dass in der Nacht für Strassenparkplätze keine Gebühren verlangt werden dürfen. Zudem sollen die Tarife in den städtischen Parkhäusern dem Preisniveau in den benachbarten deutschen und französischen Städten entsprechen. Der Regierungsrat lehnt die Volksinitiative ab. Sie widerspricht dem Ziel, Parkierungsvorgänge aus dem Strassenraum in Parkhäuser zu verlagern. Mit der Initiative würde wieder häufiger auf der Strasse parkiert und damit das Parkplatzangebot für Anwohnende eingeschränkt sowie der Parkplatzsuchverkehr verstärkt. Die mit der Initiative geforderte Reduktion der Parkgebühren würde zu einem Einnahmefall von jährlich acht bis zehn Millionen Franken zu Lasten der Basler Steuerzahlerinnen und -zahler führen, ohne erkennbaren Nutzen für das Gewerbe. Finanziell profitieren würden in erster Linie auswärtige Autofahrerinnen und -fahrer. Als Entgegenkommen den Initianten gegenüber beschliesst der Regierungsrat eine massvolle Reduktion der abendlichen Parkgebühren in den drei grossen staatlichen Parkhäusern Steinen, Elisabethen und City. Diese Massnahme lässt sich gut kommunizieren und gemeinsam von Kanton und Gewerbe vermarkten. Sie ist für den Kanton mit jährlichen Einnahmefällen von rund 1 Mio. Franken verbunden und vorerst auf zwei Jahre befristet. Bei Erfolg könnte sie unbefristet weitergeführt werden.

